

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten Anne Helm (LINKE)

vom 24. Januar 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 24. Januar 2020)

zum Thema:

„Dienstagsgespräche“ - Netzwerktreffen von extremer Rechte und Konservativen

und **Antwort** vom 06. Februar 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 10. Februar 2020)

Frau Abgeordnete Anne Helm (Linke)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort
auf die Schriftliche Anfrage 18/22 244
vom 24. Januar 2020
über „Dienstagsgespräche“ - Netzwerktreffen von extremer Rechte und
Konservativen

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Wie viele seit 1991 stattfindenden sogenannten „Dienstagsgespräche“ mit welchem jeweiligen Datum, welcher ungefähren Teilnehmer*innenzahl und welcher Postleitzahl des Veranstaltungsortes sind dem Senat bisher bekannt?

Zu 1.:

Dem Senat ist das „Dienstagsgespräch“ als eine der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) nahestehende rechtsextremistische Dialogplattform bekannt. Eine vollständige Übersicht aller Veranstaltungen seit 1991 liegt dem Senat nicht vor. Folgende Sitzungen des „Dienstagsgesprächs“ wurden nach Kenntnis des Senats seit 2018 durchgeführt:

Datum	Thema	PLZ Veranstaltungsort	Teilnehmer
05.06.2018	„Aus meinem Leben als deutscher Barde“	nicht bekannt	nicht bekannt
03.07.2018	„Was unser Volk noch lernen muss“	14059	nicht bekannt
04.09.2018	Thema nicht bekannt; geplant war ursprünglich ein Vortrag zum Thema „Die Identitären – Unser Weg. Unser Wille. Unser Ziel“	10585	nicht bekannt
12.03.2019	NPD-Kampagne „Schafft Schutzzonen“	10557	ca. 60
14.01.2020	„Ich, die AfD und der Antisemitismus – Politik für Deutschland“	10117	35
04.02.2020 (Termin angekündigt, Durchführung nicht bekannt)	„Patrioten – wie unbequeme Meinungen unterdrückt werden – Im freiesten Staat der deutschen Geschichte“		

2. Welche dieser „Dienstagsgespräche“ haben in Räumlichkeiten des Landes Berlin bzw. seiner Bezirke stattgefunden? (Bitte einzeln nach Bezirk, Datum und Teilnehmer*innenzahl aufschlüsseln.)

Zu 2.:

Im (...*) fanden ohne Wissen des Bezirksamtes „Diensttagsgespräche“ statt. Der damalige Mieter hatte diesen – wohl unwissentlich – hierfür zur Verfügung gestellt. Nachdem durch Dritte das Bezirksamt hiervon erfahren hatte, fanden mehrere Gespräche mit dem damaligen Mieter statt und es bestand Einvernehmen, die Räumlichkeiten für das „Diensttagsgespräch“ nicht mehr zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus wurde die Nutzungs- und Entgeltordnung des Bezirksamtes entsprechend verschärft. (...*)

Über weitere Nutzung von Räumlichkeiten des Landes Berlin durch den Veranstalter des „Diensttagsgesprächs“ liegen keine Erkenntnisse vor.

3. Welche extrem rechten Organisationen, Einzelpersonen oder Personen des öffentlichen Lebens haben zur Teilnahme am „Diensttagsgespräch“ am 14. Januar 2020 aufgerufen?

Zu 3.:

Der Veranstalter des „Diensttagsgesprächs“ betreibt eine eigene Homepage, über die er üblicherweise auf die Veranstaltungen hinweist. Weitere Erkenntnisse liegen hierzu nicht vor.

4. Auf welchen Versammlungen mit welchen Veranstaltungstiteln wurde wann jeweils zu welchen „Diensttagsgesprächen“ aufgerufen?

Zu 4.:

Dem Senat liegen hierzu keine Erkenntnisse vor.

5. In welcher Form haben bisher wann jeweils wie viele Angehörige der AfD-Jugendorganisation „JA“ und der AfD-Vereinigung „Der Flügel“ an „Diensttagsgesprächen“ als Redner*innen oder Zuhörer*innen teilgenommen, zu ihnen aufgerufen oder an ihrer Organisation mitgewirkt? (Bitte einzeln nach Datum, Ort und Anzahl aufschlüsseln.)

Zu 5.:

Nach § 5 Abs. 2 in Verbindung mit § 6 Abs. 1 Verfassungsschutzgesetz Berlin (VSG Bln) ist es Aufgabe des Verfassungsschutzes, Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind, zu beobachten. Der Berliner Verfassungsschutz informiert in seinen jährlichen Verfassungsschutzberichten über verschiedene extremistische Phänomenbereiche und deren Entwicklung. Darüber hinaus gibt er aus Geheimschutzgründen in öffentlich zu beantwortenden Anfragen keine Auskunft zu Einzelorganisationen und Einzelpersonen, unabhängig davon, ob eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz stattfindet oder nicht.

6. In welcher Form haben bisher wann jeweils wie viele Angehörige der sogenannten „Identitären Bewegung“ an „Diensttagsgesprächen“ als Redner*innen oder Zuhörer*innen teilgenommen, zu ihnen aufgerufen oder an ihrer Organisation mitgewirkt? (Bitte einzeln aufschlüsseln nach Ort, Datum, Art des Aufrufes und Teilnehmer*innenzahl.)

Zu 6.:

Es wurde für das „Diensttagsgespräch“ am 04.09.2018 ein Vortrag des Leiters der „Identitären Bewegung“ (IB) Österreich angekündigt. Eine tatsächliche Teilnahme des IB-Funktionärs an diesem oder einem anderen „Diensttagsgespräch“ wurde jedoch nicht festgestellt. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

7. Wie viele Personen welcher jeweiligen extrem rechter oder sonstiger Organisationen, insbesondere der AfD-Jugendorganisation „JA“, der AfD-Vereinigung „Der Flügel“, der NPD, Anhänger*innen der neonazistischen Organisation „Combat 18“, sowie Abgeordnete welcher Parteien nahmen an dem „Diensttagsgespräch“ am 14. Januar 2020 in dem Lokal (...*) teil? (Bitte aufschlüsseln.)

Zu 7.:

An dem „Diensttagsgespräch“ am 14.01.2020 nahmen Funktionäre der NPD teil. Eine Person trug ein Kleidungsstück mit dem Aufdruck des inzwischen verbotenen rechtsextremistischen Netzwerks „Combat 18“. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 5 verwiesen.

8. Welche Kenntnisse hat der Senat über andere Treffen in der Vergangenheit von Angehörigen oder Anhänger*innen extrem rechter Organisationen, insbesondere der AfD-Jugendorganisation „JA“, der AfD-Vereinigung „Der Flügel“ oder der NPD, in dem Lokal (...*) oder in dem benachbarten Lokal (...*)? (Bitte aufschlüsseln nach Datum, Organisationen und Zweck des Treffens.)

Zu 8.:

Es liegen keine Erkenntnisse zu Veranstaltungen in den genannten Lokalitäten vor. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 5 verwiesen.

9. Welche personellen und organisatorischen Verbindungen bestehen gegebenenfalls zwischen den Organisator*innen des „Diensttagsgesprächs“ und welchen extrem rechten Berliner Studentenverbindungen oder deren Angehörigen? (Bitte einzeln nach Organisation aufschlüsseln.)

Zu 9.:

Auf die Antwort zu Frage 5 wird verwiesen.

10. Seit wann übernehmen Anhänger der NPD-Bürgerwehr „Schutzzone“ im Einzelnen welche verschiedenen Sicherheitsaufgaben im Rahmen des Ablaufs der „Diensttagsgespräche“?

Zu 10.:

Während des „Diensttagsgesprächs“ am 14.01.2020 hielten sich Personen im Lokal auf, die regelmäßig an der „Schafft-Schutzzonen“-Kampagne der NPD teilnehmen. Bereits vor Beginn der Kampagne in Berlin am 24.05.2018 wurden NPD-Anhänger mit der Sicherung der Veranstaltungsorte für das „Diensttagsgespräch“ betraut. Der Berliner Landesverband der Partei bot in einer Veröffentlichung auf dessen Facebook-Profil am 15. Januar 2020 dem „Diensttagsgespräch“ weiterhin Unterstützung in Form von Personal zum Schutz von Räumlichkeiten an.

11. Welche Kenntnisse hat der Senat über eine Teilnahme von Angehörigen der extrem rechten Kleinstpartei „Der Dritte Weg“ oder einer Mobilisierung durch diese?

Zu 11.:

Dem Senat liegen hierzu keine Erkenntnisse vor.

12. Über welche verschiedenen Kommunikationskanäle wird nach Kenntnissen des Senats üblicherweise zu den „Diensttagsgesprächen“ eingeladen und aufgerufen?

Zu 12.:

Auf die Antwort zu Frage 3 wird verwiesen.

13. Wie schätzt der Senat die Entwicklung der Bedeutung der „Dienstagsgespräche“ für die Bildungs- und Netzwerkarbeit der extremen Rechten auch hinsichtlich des konservativen politischen Spektrums ein? (Bitte ausführen und begründen.)

Zu 13.:

Ursprünglich war das „Dienstagsgespräch“ ein konservativer Diskussionszirkel, der im Laufe der Jahre zunehmend rechtsextremistisch dominiert wurde.

Inzwischen ist das „Dienstagsgespräch“ eine Vernetzungsplattform für Rechtsextremisten unterschiedlicher ideologischer Ausrichtung. Dort tauschen sich NPD-Mitglieder mit Angehörigen der Holocaustleugnerszene und muslimenfeindlichen Rechtsextremisten aus. Die NPD bleibt so in einem Dialog mit anderen Rechtsextremisten und versucht, die Fokussierung auf die eigene neonazistische Szene zu durchbrechen.

Berlin, den 06. Februar 2020

In Vertretung

Torsten Akmann
Senatsverwaltung für Inneres und Sport

(...*) Von einer Veröffentlichung der Angaben wurde aus Gründen des Datenschutzes abgesehen.